Deutscher Reichstag.

16. Sitzung, Montag, den 23. August.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Lisco.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Eingegangen ist ein Antrag auf Vertagung des Reichstages bis zum 30. November 1915.

Das Gesetz zum Schutze der Schwesternstracht wird in dritter Lesung angenommen, und zwar mit einem Antrage Dr. Arendt (Rp.), wonach das Gesetz am 1. Oktober 1915 in Kraft tritt.

Die Resolutionen und Anträge der Budgetkommission.

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Böhme (Natl.):

Zu Beginn des Krieges befanden wir uns wirtschaftlich in einer überaus schwierigen Lage. Es war darum ein Glück, daß die landwirtschaftliche Erzeugung in den letzten Jahren so vorwärts gekommen war, daß wir trotz der starken Bevölkerungszunahme unabhängiger vom Ausland geworden waren. Der Viehstapel war sogar so groß, wie noch niemals zuvor in Deutschland. 26 Millionen Schweine hatten wir, und die Schweinepreise hatten bis Januar 1915 noch nicht die Höhe erreicht, die wir schon in Teuerungszeiten im Frieden hatten. Die Aushungerung kann kaum von unseren Gegnern noch für möglich gehalten werden. Auch die neue Ernte läßt uns die Hoffnung, daß wir keinen wesentlichen Mangel haben werden.

Trotz ihrer schwierigen Lage ist die Landwirtschaft mit keinerlei einseitigen Forderungen aufgetreten, sondern hat sogar gegen beabsichtigte Uebertreibungen, namentlich in der Frage der Erhöhung der Brotgetreidepreise Stellung genommen. Ich habe den Staatssekretär dahin verstanden, daß Wünsche der Landwirtschaft auf Erhöhung der Brotgetreidepreise sich nicht hätten erfüllen lassen können. Meines Wissens sind von keiner landwirtschaftlichen Organisation derartige Wünsche an ihm gelangt. (Sehr richtig!) Und in der Kommission hat Graf Westarp festgestellt, daß solche Wünsche nicht erhoben worden sind. Welche Landwirtschaft hat der Staatssekretär dann gemeint? Wollte er vielleicht auf die amtlichen Stellen in Preußen hinweisen, die allerdings bedauerlicherweise in Verfennung aller sozialen Gesichtspunkte die Brotgetreidepreise erhöht haben wollten und sich sogar schon so stark dünkten, daß sie eine halbamtliche Notiz bekannt gaben (Hört, hört!), die sich glücklicherweise nicht bewahrheitet hat, da die sozialgerichteten Elemente im Bundesrat den Wunsch des Landwirtschaftsministeriums nicht entsprochen haben. Wir halten die heutigen Brotgetreidepreise im allgemeinen für ausreichend, ausreichend unter allen Umständen für die größeren Landwirte, während ja bei den kleineren Landwirten an und für sich der zum Verkauf gelangende Teil des Brotgetreides sehr gering ist.

Die Erzeugungskosten sind allerdings erheblich gestiegen. Zunächst sind die Kosten für die künstliche Düngung größer geworden, was besonders für die kleineren Betriebe sich empfindlich bemerkbar macht. Dann ist eine weitere Verteuerung durch die höheren Arbeitslöhne eingetreten. Auch da sind die kleineren Betriebe in einer schwierigeren Lage, weil sie nicht wie die größeren Betriebe aus der Gefangenenarbeit Nutzen ziehen können. Trotzdem sollten mehr als bisher auch den kleineren Betrieben Gefangene zur Verfügung gestellt werden. Es ist schließlich kein Unglück, wenn wirklich einmal ein Gefangener ausreißt. Niemals aber darf die Gefangenenarbeit dazu führen, daß heimische Arbeiter durch sie verdrängt werden. Es ist bezeichnend, wenn der Landrat des Kreises Gumbinnen öffentlich davor warnen mußte, heimische Arbeitskräfte zu entlassen, weil die Gefangenenarbeit den Arbeitgebern gewinnbringender erscheine. Noch bedauerlicher ist es, daß das in dem durch den Krieg so schwer mitgenommenen Ostpreußen geschieht, wo es ohnehin schon schwer genug sein wird, die früheren Arbeitskräfte wieder auf ihren alten Platz zurückzuführen. Ich hoffe, daß es sich hier um einen vereinzelten Fall gehandelt hat.

Die Verteilung der als unbrauchbar ausgemusterten Kriegspferde und der Beutepferde muß gerechter erfolgen. Das Kriegsministerium hat angeordnet, diese Pferde insbesondere denjenigen kleinen Landwirten zu übergeben, deren Pferde bei Kriegsbeginn für Militärzwecke fortgenommen worden sind. Trotzdem werden über die Art der Verteilung lebhafte Klagen laut. So hatte die Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen eine Verteilung der Beutepferde vorgenommen. Am Vormittag fand eine Verlosung zugunsten der kleinen Grundbesitzer statt. Die ausgelosten Pferde waren durchweg schlecht, manchmal so schlecht, daß die Landwirte auf die auf ihr Los entfallenden Pferde verzichteten. Um 2 Uhr nachmittags fand dann eine weitere Verlosung statt. Zu ihr sollen nur Großgrundbesitzer geladen gewesen sein. Die hier verlosten Pferde waren so gut, daß in absehbarer Zeit ihr Wert das Doppelte und Dreifache des verlangten Preises betragen dürfte. Hierbei sollen auch schon unter der Hand vorher Pferde abgegeben worden sein. Beschwerden über das Verfahren der Landwirtschaftskammer sind sogar aus Kreisen des Bundes der Landwirte laut geworden. Dieser Fall ist schon am 1. Juni dem preußischen Landwirtschaftsministerium zur Kenntnis gebracht worden, aber dieses Ministerium hat zu meiner Verwunderung sich, obgleich inzwischen zehn Wochen verflossen sind, nicht verpflichtet gefühlt, eine Antwort zu erteilen. (Hört! hört!)

Zu Beginn des Krieges hatten wir ungewöhnlich reiche Viehbestände. Infolgedessen erreichten bis zum Januar die Schweinepreise nicht einmal die Höhe der Preise, die wir unter schwierigen Verhältnissen in Friedenszeiten gehabt haben. Die Preissteigerung der Schweine ist dann in den letzten Monaten ganz ungeheuerlich gewesen, sie läßt sich aber nicht entfernt mit der Steigerung der Preise für ausländische Futtermittel vergleichen. So ist der Preis für ausländische Gerste um 355 Prozent gestiegen. (Hört, hört!) Diese ausländischen Futtermittel sind allerdings nur ein kleiner Teil dessen, was für die Ernährung des Viehs in Frage kommt, dieser Teil ist aber wesentlich höher im Preise gestiegen als das Vieh selbst. Unter dem Steigen der Futtermittelpreise leiden die kleinen Landwirte ungleich stärker als die großen. Dieses Verhältnis ist durch Maßnahmen der Reichsregierung noch wesentlich zu ungunsten der kleinen Landwirte verschoben worden, insbesondere durch die Grundsätze für die Verteilung der Kleie.

Das preußische Abgeordnetenhaus hatte einen Antrag einstimmig angenommen, daß die Kleie nach dem Verhältnis der Viehbestände zu verteilen sein sollte. Trotzdem trifft die Verordnung vom 28. Juni die Bestimmung, daß von der Ueberschußkleie den Kommunalverbänden 50 Prozent nach Maßgabe des Ergebnisses von 1915 verbleiben und die andere Hälfte nach dem Verhältnis der Viehbestände verteilt werden soll. Und auch diese Bestimmung hat noch nachträglich eine Verschlechterung erfahren, die bäuerlichen Kreise gegenüber den Großgrundbesitzern noch mehr benachteiligt. Die Reichsregierung muß diese Ungerechtigkeiten unbedingt beseitigen. (Zustimmung.) Besonders heftig sind auch die Klagen über die schematische Beschlagnahme der Gerste. (Sehr richtig!) Das preußische Landwirtschaftsministerium hätte im Bundesrat nicht zulassen dürfen, daß derartige widersinnige Bestimmungen getroffen wurden. Wenn möglich muß die Heranziehung von Futtermitteln unter Reichshilfe stattfinden, ebenso deren gerechte Verteilung. Sparsamkeit auf diesem Gebiet würde zu einer Verminderung des Viehbestandes führen, die weitere Schwierigkeiten in der Fleischversorgung zur Folge hätte. (Sehr richtig!)

Im ganzen Lande wird über Wucherpreise bei Saatgut geklagt. Wir haben deshalb Höchstpreise für Saatgut beantragt. Durch beredete Sachverständige könnten angemessene Preise festgesetzt werden. Schließlich dürfte man auch vor einer Beschlagnahme nicht zurückschrecken. Preise von 600 Mark pro Tonne sind unerträglich und machen böses Blut.

Im Kartoffelhandel haben sich im letzten Jahr schlimme Zustände herausgestellt. Der Durchschnittspreis in den Jahren 1906 bis 1913 war für den Zentner Speisekartoffeln im Berliner Großhandel 2,60 Mark, während im April 1915 volle 7 Mark zu zahlen waren. Dadurch wird die Ernährung weiter Schichten der Arbeiterklassen und des Mittelstandes gefährdet. Eine dahin gehende Entwicklung muß in den leisesten Anfängen unterdrückt werden. In seiner letzten Tagung hat sich der Reichstag einstimmig dahin ausgesprochen, daß eine Beschlagnahme bei den Betrieben von über 10 Hektar Kartoffelbaufläche stattfinden soll, wenn die Preise ungesund steigen. Auf Grund dieser Anregung muß zur rechten Zeit unverzüglich eingeschritten werden sowohl mit Rücksicht auf die Verbraucher als auch zum Vorteil der kleinen Landwirte, die von allen unnützen Belästigungen befreit bleiben müssen.

Die Verfügungen des preußischen Landwirtschaftsministers über die Ausnützung der Wälder waren an sich ausgezeichnet; sie sind aber der Bevölkerung nicht genügend bekanntgegeben worden.

Der Wildschaden gefährdet die Lebensmittelversorgung. Ganze Felder werden vom Wild kahl gefressen. Ich sah ein Feld von 18 Morgen, das ganz vernichtet war. Das war ein Schade von 2000 Mark. Der Besitzer bekommt zwar schließlich einen Bruchteil des vernichteten Wertes als Entschädigung, für die 18 Morgen waren es 330 Mark; aber die Zerstörung des Wertes für die Volksernährung wird überhaupt nicht ausgeglichen. (Sehr richtig!) Reicht die Zahl der Jäger nicht aus, so muß behördlich abgeschossen werden. Gegen die armen Leute, die Pilze und Beeren sammeln, soll man nicht engherzig mit Strafandrohungen vorgehen.

Die Spannung der Getreide- und Mehlpreise scheint sich nach den Beratungen des Unterausschusses nur wenig verringern zu lassen. Mindestens soll man aber das Erreichbare bald praktisch hervortreten lassen. Die kleinen Mühlen müssen im kommenden Wirtschaftsabschnitt mehr herangezogen werden. Sie sind nicht teurer als die großen, und wenn sie es wären, sollte man ihrer schon aus sozialen Rücksichten gedenken. Die Erhöhung der Brotration ist erfreulich, ebenso die Herabsetzung des Ausmahlungsanteils.

In schlimmer Lage sind die Hopfenbauer. Die bisherigen Ausfuhrländer sind uns ganz verschlossen. Das ist um so schlimmer, als die Mehrausfuhr in den letzten Jahren gestiegen war und ein Fünftel der gesamten Ernte ausmachte. Da auch noch der Braubetrieb eingeschränkt ist, so macht sich der Preisdruck erheblich bemerkbar. Demgegenüber reicht die Verminderung im Hopfenanbau nicht aus. Deshalb sollte die Regierung sich um Ausfuhr nach anderen Ländern bemühen. Die neutralen Länder brauchen ja andere deutsche Erzeugnisse, und man sollte ihnen nahelegen, auch ihren Hopfenbedarf in Deutschland zu decken. Das Volk ist dem Staatssekretär des Innern dankbar dafür, wie er am Schlusse seiner Ausführungen der schwer arbeitenden Frauen der deutschen Arbeiterschaft und des Bauernstandes gedacht hat. (Beifall.) Noch dankbarer wird es ihm aber sein, wenn er dafür sorgt, daß diese schwer schaffenden Schichten nicht durch übermäßige Preise in Schwierigkeiten kommen, sondern daß es ihnen ermöglicht wird, mit ihrer Familie und ihren Kindern durchzukommen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Arnstadt (Kons.):

Die Landwirtschaft leidet ganz besonders unter den schwierigen Teuerungsverhältnissen. Die Landwirtschaft ist nicht allein Produzent, sondern auch Konsument. Ihre Bedarfsartikel sind ganz erheblich im Preise gestiegen. Man verlangt jetzt vielfach, daß die Höchstpreise heruntergesetzt werden sollen. Als die Höchstpreise kamen, befanden sich die Getreidevorräte zum großen Teile in den Händen von Spekulanten. Hätte man früher mit Höchstpreisen eingesetzt, so wäre die Landwirtschaft auch mit niedrigeren Höchstpreisen zufrieden gewesen. Die späte Festsetzung der Höchstpreise rechtfertigt auch ihre Höhe. Für die Futtermittel werden geradezu Phantasiepreise verlangt. (Sehr richtig!) Unter dem Mangel an Gespann und Arbeitskräften sowie an Düngemitteln mußten die Erträgnisse der Ernte zurückgehen, dazu kam noch die große Dürre. Vielfach haben wir eine geringe Ernte, für manche Gegenden sogar eine totale Mißernte. Die Schwierigkeiten, das Vieh durchzuhalten, sind ungeheuer. Futtermittel sind vielfach gar nicht aufzutreiben. In der Landwirtschaft ist man enttäuscht, daß man die alten Höchstpreise hat fortbestehen lassen. Durch die Zusammenlegung der Höchstpreisbezirke ist häufig sogar eine Ermäßigung der Höchstpreise eingetreten. Außerdem sind noch die Monatszuschläge bis Januar fortgefallen. Trotzdem sind wir im Interesse der Volksernährung mit den jetzigen Höchstpreisen einverstanden. Die Volksernährung ist gesichert, unsicher ist es aber mit unserer Viehhaltung.

Beim Hafer haben wir an vielen Orten eine vollständige Mißernte. Hier ist eine Erhöhung der Höchstpreise dringend erwünscht, trotzdem stellen wir keinen Antrag auf Erhöhung der Höchstpreise. Den Kleinen Besitzern müssen mindestens 20 Zentner Gerste verbleiben, um ihnen einigermaßen einen Ersatz für den beschlagnahmten Hafer zu gewähren. Für Braugerste ist kein Höchstpreis festgesetzt worden, aber jeder Gerstenbesitzer ist verpflichtet, die Hälfte seiner Ernte entweder an den Kommunalverband oder an gersteverarbeitende Betriebe mit Kontingent abzugeben. Damit ist doch ein gewisser Hilfspreis eingeführt. Jetzt ist hier in Berlin auch noch eine Gerstevermittungsgesellschaft gegründet, von der man vielfach annimmt, daß sie eine Gerstenentwertungsgesellschaft werden wird. (Sehr richtig!) Man befürchtet, daß diese Gesellschaft dafür sorgen wird, daß die Gerstepreise nicht zu hoch werden. Die Preisspannung zwischen Getreide und Mehl ist immer noch zu groß. Früher bekam man für einen Zentner Korn einen Zentner Brot, und damals war die Ausmahlung noch nicht so scharf wie jetzt. Die Berechnungen in der Kommission nahmen viel zu hohe Zwischenkosten an. Man könnte hier mindestens 20 Mark auf die Tonne sparen. Die Brotpreise sind verhältnismäßig hoch; in Berlin etwa 20 Pfg., in der Provinz vielfach 18 Pfg. für das Pfund. Im feindlichen Auslande sind die Preise aber noch sehr viel höher, so in London 25 Pfg. für das Pfund trotz des Freihandels. (Hört! hört!) Das ist der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft. (Sehr richtig!)

Herr v. Oldenburg hatte recht gehabt, als er einmal sagte: Je weniger man sich um Kartoffeln und Schweine kümmere, um so eher bekommt man genug Kartoffeln und Schweine. Niemals sind in den Städten so viel Kartoffeln verfault wie diesmal. Hoffentlich überläßt man jetzt die Regulierung der Kartoffelpreise sich selbst. Man kann jetzt wahrlich nicht mehr über hohe Kartoffelpreise klagen. Der Landwirt bekommt für den Zentner 3 bis 3½ Mark, die Kartoffeltrocknung muß energisch fortgesetzt werden. Man sagt gar: das Surrogat darf nicht mehr kosten als das Material, das es ersetzen soll. Das trifft hier aber nicht zu. Man muß möglichst viel Kartoffeln als Reserve für schwierige Zeiten trocknen. Damit keine Kartoffelfäule eintritt, muß die Kartoffeltrocknung möglichst bald beginnen. An Zucker zur menschlichen Ernährung wird es nicht fehlen, allerdings an Zuckerfutter für das Vieh. Auf die Getreideeinfuhr, namentlich auf Mais aus Rumänien können wir verzichten, solange dort Wucherpreise verlangt werden. Nach dem Kriege wird sich erst zeigen, welche Opfer die Landwirtschaft gebracht hat. Den kleinen Betrieben werden jetzt schon genügend Kriegsgefangene zur Arbeit abgegeben. Jetzt gilt es, das zweite Kriegsjahr durchzuhalten.

Abg. Frhr. v. Gamp (Rp.):

Das reiche England kann jetzt nicht einmal den Parikurs für seine Spez. Anleihen halten. Alles ist teuer geworden, namentlich der Zinsfuß des Geldes. Der Wechselzinsfuß der Reichsbank ist um 50 Prozent gestiegen. Den Landwirten, denen man das Futterroggen genommen hat, muß man als Ersatz einen entsprechenden Preis gewähren, damit sie sich Futtermittel kaufen können. Auf dem Gebiete der künstlichen Düngung hat die Landwirtschaft große Opfer bringen müssen.

Wie kann der Abg. Gothein, der ein freier Mann ist (Heiterkeit), es als eine Umgehung des Gesetzes bezeichnen, daß ein Besitzer, der Einkäufer für sein Gut war, sich selbst 1 Mark zugeschlagen hat? Da muß er bei den Namen nennen, damit der Mann sich rechtfertigen kann. (Zuruf des Abg. Gothein.) Das ist doch ein legitimes, einwandfreies Verfahren, das nennen Sie ein verleumdetes, schamloses Treiben? Er bekommt ja nicht für sein Getreide etwas mehr, sondern die von der Kriegsgetreidegesellschaft vorgesehene Provision. (Zuruf des Abg. Gothein: Für fremdes Getreide.) Nein, Herr Gothein, Sie nehmen das zurück. Sie haben sich verhauen! (Heiterkeit.) Die Reichsregierung muß genau erwägen, bei welchen Artikeln Höchstpreise anwendbar sind. Das gilt namentlich von Gerstenprodukten, wie Gerstengrütze, die eine Verteuerung auf das dreifache des bisherigen Preises erfahren haben. Da würden gar keine Bedenken sein. Wenn es gelingt, billige Kartoffelpreise zu bekommen, wird vieler Unmut schwinden. Durch Höchstpreise allein läßt sich das aber nicht erreichen.

Unsere Versorgung mit Fleisch stößt auf große Schwierigkeiten. Allerdings läßt sich der Fleischkonsum weit leichter einschränken als die Pflanzenernährung, deren die Menschen immer in einer gewissen Menge bedürfen. Mit Kartoffeln allein können wir unsere Schweine nicht durchhalten. Für ein weiteres Abschlachten werden auch die Sozialdemokraten nicht mehr zu haben sein, denen im Verein mit den Professoren und Freisinnigen das Verdienst der ersten großen Schweineabschlachtung zukommt. Woher wir die nötigen Futtermittel bekommen sollen, ist mir allerdings unklar. Herr Quarck meint zwar, sie müßten da sein, aber wenn er sich auf den Kopf stellt, werden wir nicht mehr bekommen. (Heiterkeit.) Die Gemeinden müssen für eine ausreichende Versorgung der Minderbemittelten mit Fleisch sorgen, der Staat muß ihnen die Auslagen ersetzen. Durch allgemeine Fastentage ließe sich der Fleischverbrauch wesentlich einschränken. Am meisten leiden Frauen und Kinder der Kleingewerbetreibende und Kleinkaufleute unter den Kriegsnöten, ihne muß besondere Hilfe zuteil werden. Bei all unseren Erörterungen wollen wir hier den sächsischen Boden nicht verlassen und uns vor Augen halten, daß wir alle das gleiche große Ziel erkämpfen.

Unterstaatssekretär Michaelis:

Man hat mit Recht auf die hohe Spannung hingewiesen, die zwischen den heutigen Getreide- und Mehlpreisen besteht im Gegensatz zu der Spannung, wie sie im Frieden ist. Die Kommission, die zur Prüfung dieser Frage eingesetzt war, hat als Ergebnis ihrer Prüfung bekundet, daß die hohe Spannung als aufgeklärt anzusehen sei und man keine Möglichkeit herausgefunden habe, den Mehlpreis irgendwie wesentlich herabzusetzen. Man darf nicht vergessen, daß in der Spannung eine Reihe von Zuschlägen liegt, insbesondere die gesetzlich vorgeschriebene Kommissionsgebühr. Im Frieden kauft der Händler auch nur dann, wenn es ihm paßt. Die Reichsgetreidestelle muß kaufen, wenn ihr das Getreide von den Landwirten angestellt wird, und sie muß das Getreide bis in den August nächsten Jahres lagern, eine Aufgabe, die keinem andern Händler gestellt wird. Der Handel lagert nicht so lange, sondern verkauft, was ihm zu Lagern unbequem ist. Das Lagern ist die schwierigste Aufgabe, die wir zu lösen haben. Darum ist die Lagergebühr ganz außergewöhnlich hoch.

Wir haben aus dem ersten Jahr 7 Millionen Dz., die wir ausgesammelt und gelagert haben, mit ins neue Jahr hinübergenommen. Einen derartigen Bestand zu lagern, kostet für ein Jahr eine große Zahl von Millionen. Die Reichsgetreidestelle soll einen großen Posten sammeln, damit wir für alle Möglichkeiten gesichert sind. Wir müssen ferner auch einen Mehlpreis machen, der bis zum August der gleiche bleibt. Die Friedenspreise wechseln. Keineswegs steigen die Getreidepreise in den Friedensjahren gleichmäßig, wie wir es durch die Reports, die Zuschläge bewirken. Wir erleben Schwankungen im Getreidehandel. Wir hingegen müssen trotzdem — das ist der Wille auch des Reichstages gewesen. — einen gleichmäßigen Mehlpreis vom August dieses Jahres bis zum August des nächsten Jahres haben. Wenn man das tun will, dann muß man ihn selbstverständlich so bemessen, daß die ganzen Kosten der Reports mit hinein kalkuliert werden. Alle diese Dinge sind in der Kommission geprüft worden und wir haben der Kommission eine Rechnung aufgemacht, zu der sie in mehrtägiger Sitzung Stellung genommen hat. Die Zahlen einzeln nachzuweisen ist im Plenum nicht möglich.

Ich wollte hier bloß noch einmal feststellen, daß die Kommission zu dem Schluß gekommen ist, es ergebe sich aus den Unterlagen der Reichsgetreidestelle nicht, daß sie unwirtschaftlich vorgehe und ihre Maßnahmen zu einer Verteuerung des Mehles führen. Sollte die Berechnung sich als zu vorsichtig erweisen, dann würde selbstverständlich die Reichsgetreidestelle im Laufe des Jahres, nachdem sie zur klaren Erkenntnis der Lage gekommen ist, eine Herabsetzung vornehmen. Das hängt sehr vom Wetter ab. Wenn wir weiter solchen Regen behalten hätten, wie gestern, dann wäre vielleicht unsere Kalkulation nicht vorsichtig, sondern zu optimistisch. Wenn das aber nicht eintritt, wenn wir in der Behandlung des Getreides vom Wetter beeinflußt werden, und es sich herausstellt, daß wir die Mehlpreise zu vorsichtig kalkuliert haben, dann wird selbstverständlich eine Herabsetzung erfolgen. Denn das ist die erste Aufgabe, daß wir die Bevölkerung mit dem Mehlpreise so wenig als möglich belasten. Das darf unbedingt als die Absicht der Reichsleitung ausgesprochen werden. (Beifall.)

Abg. Segitz (Soz.):

Die bewegten Schilderungen des Abg. Gamp über die Opfer der Landwirte werden außerhalb des Hauses nicht ungeteilten Glauben finden. Allgemeine Fastentage nach österreichischem Muster würden nur die Minderbemittelten treffen. Für Kartoffeln, Eier und Petroleum fordert man vielfach geradezu Phantasiepreise. Gegen die Halunken, die das Volk auswuchern, muß aufs Schärfste vorgegangen werden.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.):

Wie die neue Kartoffelernte ausfallen wird, wissen wir nicht. Wir müssen also vorsichtig sein. Vor allem dürfen wir aber diesmal das regellose Eingreifen der Gemeinden nicht noch einmal [illegible]

(Die Sitzung dauert noch fort.)

Provinzial-Nachrichten.

Wettelrode, 22. Aug. (Im Auftrag der Mansfelder Gewerkschaft) sind augenblicklich 2 Bergleute damit beschäftigt, eine größere Zahl grobe Schiefer von der Wettelröder Röhrischachthalde zu entnehmen, um festzustellen, ob es sich verlohnt, die ganze Halde auf Gewinnung von Kupfer umzuarbeiten.

Erfurt, 23. Aug. (Oelgewinnung aus der Holunderbeere.) Aus dem Kreise Schleusingen erhält der „Allg. Anz." folgende Zuschrift: Bezugnehmend auf den Artikel „Helft Oel schaffen!" möchte ich auf die rote Fliederbeere (Holunderbeere) aufmerksam machen. Diese Beere wächst in einer solchen Unmasse in unsern Thüringer Bergen, daß es sich wirklich lohnt, auch diese Frucht nähere Beachtung zuzuwenden. Jetzt bereiten sich die Waldbewohner unter Zuckerzusatz einen sehr schmackhaften Brotaufstrich daraus. Aber nach Aussagen der älteren Leute wurde diese Frucht früher gesammelt, getrocknet und zur Brennölbereitung in die Oelmühlen getragen. Ich möchte hier nur auf Werte aufmerksam

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150824024/fragment/page=0001

machen, die aber im Laufe der Zeit mit so manchen andern in Vergessenheit geraten sind. In dieser Zeit aber könnten sie mit zum Durchhalten helfen und auch der Waldbevölkerung noch manchen Pfennig einbringen."

Vermischte Kriegsnachrichten.

Gährung in Südpersien.

c. M. **Konstantinopel**, 22. August.

Der englische Konsul von Buschir wurde zum General-Gouverneur von Südpersien ernannt. Ueberall in Südpersien, wo es möglich war, wurde die englische Flagge gehißt. Die Zahl der gelandeten indischen Truppen soll dreitausend Mann nicht übersteigen. Die Erregung in Südpersien ist groß. Man bereitet einen umfangreichen Widerstand vor, falls die Engländer vom Küstengebiet vorstoßen sollten. Die südpersischen Hauptstämme kamen überein, den heiligen Krieg zu proklamieren.

Endlich französische Verlustlisten.

T. U. **Genf**, 20. August. Nach einer Pariser Meldung wurde die radikal-sozialistische Gruppe von Viviani benachrichtigt, daß das Ministerium die Ausgabe französischer Verlustlisten ab November d. Js. in Vorbereitung genommen habe.

Roosevelt fordert „zur Tat" auf.

WTB. **London**, 23. August. (Reuter.) Aus Newyork wird gemeldet: Die Blätter enthalten eine Erklärung Roosevelts, in der er sagte, er hoffe von Herzen, daß die Regierung nicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen schreiten werde. Außer der zweiten Note des Präsidenten Wilson seien alle folgenden Noten Produkte der Schwachheit und Schüchternheit gewesen. Die Versenkung der „Lusitania" und „Arabic" und andere Vorfälle seien die anmaßende Antwort Deutschlands gewesen, die durch diese Schwachheit veranlaßt worden sei. Jetzt sei die Zeit zu Taten gekommen. Man hätte schon vor 13 Monaten mit kräftigen militärischen Vorbereitungen beginnen sollen.

Wie Botha die Buren ködert.

WTB. **Kapstadt**, 22. August. (Meldung des Reuterschen Büros.) Botha hat am 21. August den Kongreß der südafrikanischen Partei eröffnet. Er spielte in seiner Rede einen Wahlrumpf aus durch den Hinweis auf die glänzenden Möglichkeiten einer Weidewirtschaft in Deutsch-Südwestafrika. Die Siedelungspläne in Südafrika wurden lange erörtert, aber nicht gefördert. Botha versicherte den landlosen Buren und anderen Siedelungslustigen, daß das neuerobert Gebiet Raum für Tausende biete. Dieses Argument dürfte eine starke Wirkung auf die Buren haben.

Der Stempel. Ein besonders bezeichnendes Beispiel für den Formalismus, der in dem russischen Artillerie-Departement geherrscht hat, und auf den auch der Dumapräsident in seinen sehr bemerkenswerten Enthüllungen Bezug genommen hat, ist folgende Notiz, die durch die gesamte russische Presse gegangen ist. Die Vereinigung der Glasfabrikanten richtete an das Artillerie-Departement ein Gesuch, in dem sie baten, auch an den Militärlieferungen teilnehmen zu dürfen und um Auskunft ersuchten, welche Artikel herzustellen für sie geeignet wären. Obgleich das Gesuch an das Artillerie-Komitee überwiesen wurde, erhielt das Zentralbureau der Fabrikanten ein Schreiben, mit der Unterschrift des Generalmajors Swinderski, daß ihr Gesuch nicht früher zu irgendwelchen Maßnahmen Veranlassung geben werde, als sie die Stempelgebühren entrichtet hätten. Durch diesen Bescheid des Generalmajors hat sich die ganze Sache so verzögert, daß sie keine Erledigung mehr finden konnte. Dem Generalmajor Swinderski ist wegen dieses Vorgehens ein Verweis vom Kriegsministerium erteilt worden.

Letzte Depeschen.

Ein russisches Hilfsschiff und ein deutsches Wachboot versenkt.

WTB. **Berlin**, 23. August. **Amtlich. Am 16. August hat ein deutsches Unterseeboot am Eingang des Finnischen Meerbusens ein russisches Hilfsschiff durch einen Torpedoschuß versenkt.**

Vor Zeebrügge wurde in der Nacht vom 22. zum 23. ds. ein deutsches Vorpostenboot von zwei feindlichen Zerstörern angegriffen und nach tapferer Gegenwehr zum Sinken gebracht. Ein Teil der Besatzung konnte gerettet werden.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes. gez. Behnke.

Ein Hochverratsprozeß in Wien.

WTB. **Wien**, 23. August. Nach mehrwöchiger Dauer wurde der Prozeß gegen den Reichstagsabgeordneten Dimitri Markoff, den Oberlandesgerichtsrat Dr. Wladimir Kurnlowycz, ferner gegen den Advokaten Dr. Czerlunczakiewicz aus Przemysl, Dr. Johann von Drohomilecky aus Zloczow, einen Grundbesitzer, einen Schlossermeister und endlich gegen den Vertreter der „Nowoje Wremja", Dimitri von Janutschewsky, endlich Angehörige der russischen nationalen Partei beendet. **Die Angeklagten wurden wegen Hochverrats und Verbrechens gegen die Kriegsgesetze des Staates zum Tode durch den Strang verurteilt.**

Eine Drohung Wilsons durch seinen Sekretär?

WTB. **London**, 23. August. „Daily Telegraph" meldet aus Newyork: Wilsons Sekretär Tumulty sagte bezüglich der Versenkung der „Arabic" in einer Ansprache: Die gesamte Nation unterstützt den Präsidenten in dieser großen internationalen Krise. Sie wird, wenn nötig, für die unveräußerlichen Rechte der Amerikaner zu Lande und zur See auch ihr Leben einsetzen.

Der türkische Bericht.

WTB. **Konstantinopel**, 23. August. Der Bericht vom 22. August lautet: Der Feind griff die neue Front bei Anafarta an, aber wir schlugen den Feind durch einen Gegenangriff vollständig zurück und brachten ihm schwere Verluste bei. Bei dem Angriffe am 21. erlitt der Feind gewaltige Verluste; allein vor einem Teil unserer Gräben lagen mehr als 500 Tote, außerdem nahmen wir eine Anzahl Soldaten gefangen. Vor Ari Burnu und Seddul Bahr nichts Besonderes. An der Irak-Front griffen unsere Truppen eine englische Truppe am Euphrat an und fügten ihr große Verluste zu; sie erbeuteten mehr als 200 Gewehre.

Kronprinz Rupprecht von Bayern ausgezeichnet.

WTB. **München**, 23. August. Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, hat der Kaiser dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern den Orden Pour le mérite verliehen.

Die englisch-französische Kriegsberichterstattung.

WTB. **Berlin**, 23. August. Der türkische Botschafter teilt mit: Der amtliche englische Bericht vom 10. August meldet, daß während der Kämpfe der letzten Tage im Südostabschnitt bei Krithia die Engländer um 200 Meter vorschritten, Tschunek Bair nahmen, 600 Gefangene machten und mehrere Maschinengewehre erbeuteten. Der französische Bericht desselben Tages über dieselben Kämpfe meldet, daß dieselben Truppen 500 Gefangene machten und neun Maschinengewehre erbeuteten. Der Inhalt der beiden Meldungen entbehrt jeder Grundlage. Der Feind machte keinerlei Fortschritte bei Krithia und nahm Tschunek Bair nicht, erbeutete auch keine Maschinengewehre. Die Angriffe, die er seit dem 6. August unternahm, brachen in unserem Feuer zusammen. Es ist wahrscheinlich, daß er eine kleine Anzahl von Gefangenen machte, die jedoch die angegebene Ziffer nicht erreicht.

Ein neues italienisches Grünbuch.

WTB. **Turin**, 23. August. Der römische Korrespondent der „Stampa" teilt mit: Sonnino bereitet ein Grünbuch über den türkisch-italienischen Konflikt vor.

Italiens Kriegserklärung an die Türkei in dänischer Beleuchtung.

WTB. **Kopenhagen**, 23. Aug. „Politiken" schreibt in einem Leitartikel: Italien hat nunmehr der Türkei den Krieg erklärt. Die wirkliche Ursache, die nicht gut in der Kriegserklärung gesagt werden konnte, ist, daß Italien als Beute eines glücklichen Krieges ein kleinasiatisches Kolonialreich erobern mochte und daß es wirklich an der Zeit ist, etwas für die Alliierten zu tun. Es ist wahrscheinlich, daß Italien in der nächsten Zeit auf dem alten Kriegsschauplatz nichts erreichen wird. Die einzige Möglichkeit, die Lage zu ändern, scheint in der Oeffnung der Dardanellen und in der freien Waffenzufuhr für Rußland zu liegen.

Ein aufgehobenes Kriegsgerichtsurteil.

WTB. **Mülhausen** (Els.), 23. Aug. Nachdem das gegen den Spediteur Alfred Meyer in Mülhausen vom Kriegsgericht der mobilen Etappenkommandantur am 3. August erlassene Urteil, durch das Meyer wegen Kriegsverrat zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, aufgehoben worden ist, findet am 1. September d. J. die erneute Verhandlung statt.

Ein Eingeborenen-Aufstand in Angola.

WTB. **Lyon**, 23. Aug. Der „Progrès" meldet aus Lissabon: In der Kammer verlas der Kolonialminister ein Telegramm des Gouverneurs von Angola, welches besagt, daß portugiesische Truppen am 18. August von Eingeborenen angegriffen wurden. Der Kampf dauerte über 2½ Stunden. Die Eingeborenen wurden zurückgeschlagen. Auf portugiesischer Seite wurden 30 Mann verletzt und sechs Eingeborene getötet.

Ehrlichs Beerdigung.

Frankfurt a. M., 23. Aug. Zu einer großartigen letzten Ehrung für den verstorbenen Erfinder des Salvarsans, Geheimrat Prof. Dr. Paul Ehrlich, gestaltete sich die heute vormittag erfolgte Beerdigung auf dem hiesigen israelitischen Friedhof. Zahlreiche Vertreter der medizinischen Wissenschaft befanden sich unter den Leidtragenden, darunter Professor v. Landau und Prof. Wassermann, die beiden hervorragendsten Mitarbeiter Ehrlichs, aus Berlin ein Vertreter des Kultusministers, der Oberbürgermeister von Frankfurt, Voigt, der Rabbiner Dr. Lazarus. Vertreter der Frankfurter Universität, der städtischen und staatlichen Behörden hielten Ansprachen.

Das Leben in Warschau unter deutscher Verwaltung.

T. U. **Krakau**, 23. August. Aus Warschau wird den Blättern gemeldet: Das Leben in der Stadt hat sich rasch den neuen Verhältnissen angepaßt. Die Ruhe und Ordnung in der Stadt ist nirgends gestört. Bei den Behörden wird normal, nur statt russisch in polnischer Sprache amtiert. Die Miliz versieht regelmäßig ihren Dienst. Der Verkehr in den Straßen hat sein gewohntes Gepräge angenommen. Die Straßenbahnen verkehren regelmäßig und die Bevölkerung folgt willig den Anordnungen der Behörden, die in polnischer und deutscher Sprache durch Maueranschläge allgemein bekanntgemacht werden. In den Theatern wird gespielt. Doch sind Stücke mit polnisch-geschichtlichem Inhalt vorläufig nicht auf den Spielplan gesetzt worden.

Russische Furcht vor einer Verschwörung in Warschau vor der Einnahme.

T. U. **Krakau**, 23. August. Wie die Blätter aus Warschau melden, fanden dort in der letzten Zeit der Russenherrschaft Massenverhaftungen statt. Insbesondere waren die russischen Geheimpolizisten auf der Suche nach Mitgliedern einer polnischen Verschwörung gegen die Russen. Insbesondere waren Arbeiter und Agenten der Zeitschrift „Zarjale" es, die massenhaft verhaftet wurden. Aber auch mehrere der polnischen Intelligenz angehörige Personen wurden verhaftet und nach dem Inneren Rußlands gebracht.

Kein Geld für Italien in London.

T. U. **Frankfurt**, 23. August. Wie der Genfer Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" zuverlässig hört, sind die Verhandlungen Italiens in London behufs Geldbeschaffung auf dem toten Punkte angelangt. Das Schatzamt ist mit den Prämienzahlungen stark rückständig und erwägt Ausgabe einer Zwangsanleihe.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom internationalen Zuckermarkt.

Der Verkehr an den deutschen Zuckermärkten, der gewöhnlich um diese Jahreszeit sehr bedeutende Geschäfte brachte, vollzog sich während der Berichtswoche in ruhiger Stimmung. Der freie Wettbewerb ist so wie unterbunden. Ohne die von der Regierung mit amtlichen Befugnissen begabten Stellen ist eine Tätigkeit ausgeschlossen. Die wenigen freihändig verkauften Zuckermengen können nur nach Genehmigung durch die Regierung die Hände wechseln, und diese Genehmigung wird auch weiterhin nur in den seltensten Fällen erteilt. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, die, wie kürzlich erwähnt, 300 000 Zentner Rohzucker zur Weiterverarbeitung gegeben hatte, hat einen Teil der zu Raffinaden verarbeiteten Ware bereits erhalten und den Verbrauchern überwiesen. Hierbei ist der Großhandel als Vermittler hinzugezogen worden. Besonders dorthin ist die Ware gelangt, wo sich die Knappheit auffällig bemerkbar machte und infolgedessen besonders hohe Preise im Kleinhandel gezahlt werden mußten. Es kamen dabei fast ausschließlich östlichen Gebiete in Betracht. Nach der erfolgten Deckung der hauptsächlichsten Bedürfnisse sind die Verhältnisse des Absatzes wieder etwas schlechter geworden. Der Handel in fertiger Gebrauchsware ist durch eine neue Verfügung der Regierung behandelt worden, die namentlich den Handel betrifft. Die Verfügung besagt, daß alle in weißer Ware mit der Industrie, also mit Schokoladen-, Marmeladen- und sonstigen Fabrikanten lautenden Abschlüsse zu den getätigten Preisen in Kraft bleiben dürfen. Die Preise der Abschlüsse aber, welche der Großhandel mit der Kleinkundschaft getätigt hat, sind nach der Verfügung auf den Höchstpreis zuzüglich 5 Proz. herabzusetzen.

Jetzt, kurz vor Beginn der neuen Ernte, tritt die Hoffnung stark hervor, die Reichsregierung würde die Lehren aus dem ersten Kriegsjahr ziehen und, auf der Grundlage bauend, daß genügend Zucker vorhanden sei, der freien Betätigung etwas größeren Spielraum lassen. Eine solche Maßnahme könnte ja getroffen werden, da es der Regierung schließlich jeden Augenblick frei steht, von neuem einzugreifen. Rücksichtslos muß gegen jeden Wucher eingeschritten werden; es wäre aber verfehlt, jede Betätigung des freien Wettbewerbs als Wucher anzusehen. Bei der Verteilung des Zuckers müßte, zur Erleichterung von Industrie und Verbrauch, der Handel mehr als bisher hinzugezogen werden. Dann aber sollte die Regierung jetzt keinen Augenblick mehr zögern, die nötigen Bestimmungen zu treffen, nach denen sich die Rohzuckerfabrikanten wie die Raffinadeure und die weiter in Betracht kommenden Kreise zu verhalten haben, sobald die ersten neuen Zucker herauskommen, was in einigen Wochen geschehen wird.

Die Bezugs-Vereinigung deutscher Landwirte hat Abforderungen greifbaren Zuckers zu Futterzwecken nur in geringem Maße vorgenommen, da der Bedarf noch immer sehr mäßig ist. Die Witterung zeigte sich im Berichtsabschnitt im allgemeinen nicht ungünstig. Bemerkenswert ist, daß England sich bestrebt, soviel wie möglich kolonialen Rohzucker aufzukaufen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 23. August. Nach etwas schwächerer Eröffnung, später teilweise fester. Die fortgesetzt in Umlauf gesetzten Gerüchte über die Balkanverhältnisse führten zu Beginn des heutigen freien Börsenverkehrs zu Abgaben, die auf einzelnen Gebieten leichte Preisverluste herbeiführten. Weiterhin bewirkten die günstigen Kriegsmeldungen wieder eine festere Grundstimmung, wobei allerdings, wie schon in der ganzen letzten Zeit, die mangelnde Unternehmungslust, die sich in großer Geschäftsstille äußerte, eine merkliche Rückwirkung auf die Kursbewegung verhinderte. Lebhafter und getragt waren nur einzelne oberschlesische Montanaktien, wie Bismarckhütte und Oberbedarf, während Caro-Hegenscheidtaktien vernachlässigt waren. Von rheinisch-westfälischen Aktien konnten sich Phönix, Gelsenkirchener und Bochumer behaupten. Dagegen nahm das Interesse für Rüstungswerte bei abbröckelnden Kursen weiter ab. Erdölaktien schwankend, Riebeck Montan., Augsburg-Nürnberg, Becker Stahl und Westfälische Stahlaktien nicht preishaltend. Lindenberg Stahl nach anfänglicher Steigerung wieder schwächer. Deutsche Anleihen behauptet, russische Anleihen etwas fester, Rumänen dagegen angeboten. Von ausländischen Devisen sprach sich Holland fester, Wien etwas schwächer aus. Rubelnoten unverändert. Tägl. Geld 2½ Proz. ca., Privatdiskont 3⅝ Prozent.

Getreide.

Berlin, 23. August. Noch immer herrscht noch keine Klarheit über die Maßnahmen der Regierung und über die Höchstpreise. Die Unternehmungslust war sehr gering, trotzdem die Forderungen für Mais und ausländische Gerste bedeutend erniedrigt wurden. Kauflustige waren kaum am Markte. In anderen Futterartikeln war das Geschäft sehr bescheiden, die Preise waren unverändert. Getreidemarkt notiglos. Wetter: Schön.

Berliner Großhandelspreise für Speisekartoffeln. Im Berliner Kartoffelgroßhandel wurden nach den Ermittelungen der von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin gebildeten Ständigen Deputation für den Kartoffelhandel in der Zeit vom 19.—21. August 1915 folgende Preise (für 100 Kg. gute, gesunde neue Ware, ab Berliner Bahnhöfen) gezahlt: blaue Kartoffeln M. 10—12 (Magdeburger blaue bis 13,00), weiße Kartoffeln M. 9—11, Rosenkartoffeln M. 8—10 Die Zufuhren blieben andauernd groß und die Preise gingen daher weiter zurück.

Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 12 Prozent fest. Bezüglich der Wiederaufrichtung der ersoffenen Kohlenzeche Maximilian bei Hamm wurde mitgeteilt, daß die Möglichkeit des Auspumpens der beiden Schächte bestehe. Es könne aber auch die Abteufung eines neuen dritten Schachtes in Frage kommen, durch den der Wassereinbruch beseitigt werden könnte. Beide Projekte würden ungefähr denselben Kostenaufwand erfordern. Vor dem Wassereinbruch war bereits die Aufnahme einer Anleihe von 6 bis 10 Millionen Mark behufs Fortführung der Arbeiten bei der Zeche geplant. Dazu kommen jetzt noch die Kosten des Auspumpens. Die Frage der Beschaffung der nötigen Mittel würde zweckmäßig bis nach Beendigung des Krieges verschoben werden.

Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbau-Akt.-Ges. Zeitz. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, auf das 1 824 000 Mark betragende Aktienkapital bei Abschreibungen und Rücklagen von etwa 315 000 Mark die Dividende auf 12 Prozent (wie i. V.) vorzuschlagen sowie den Vortrag auf neue Rechnung auf etwa 340 000 Mark zu bemessen.

Buckauer Porzellan-Manufaktur Aktien-Gesellschaft zu Magdeburg-Buckau. Die abgehaltene außerordentliche Generalversammlung beschloß die Gründung einer Zweigniederlassung in Arneburg an der Elbe. Die neue Anlage hat Eisenbahn- und Wasseranschluß, auch gestalten sich dort die Arbeiter- und Lohnverhältnisse erheblich vorteilhafter als in der Großstadt. Es sind somit günstige Fabrikationsbedingungen geschaffen, die auf die Belebung des Geschäftes von Einfluß sein dürften.

Aus dem „Tiag"-Konzern. Der Abschluß der Papier- und Tapetenfabrik Bammenthal Akt.-Ges. für das am 31. Mai abgelaufene Geschäftsjahr 1914/15 ergibt einen Betriebsgewinn von 304 511 (i. V. 689 436) Mk. gegenüber 298 726 (520 979) Mk. Gesamtunkosten. Nach Abschreibungen im Betrage von nur 19 146 (76 572) Mk. wird ein Reingewinn von 3881 Mk. unter Rücksicht des Vortrages von 17 242 Mk. ausgewiesen. Ohne Heranziehung desselben und bei Aufrechterhaltung der vorjährigen Abschreibungen würde sich ein Verlust ergeben haben. Im Vorjahre wurde aus einem Reingewinn von 117 709 Mk. 6 Prozent Dividende an 800 000 Mk. Aktienkapital ausgeschüttet. Der Besitz an Aktien der Tapeten-Industrie Akt.-Ges. in Berlin steht in der Bilanz unverändert mit 411 129 Mk. zu Buch. Die Debitoren sind von 540 642 Mk. auf 287 318 Mk., die Kreditoren dagegen nur um ca. 67 000 Mk. von 468 148 Mk. auf 411 129 Mk. zurückgegangen.

Der Verein der Stärkeinteressenten in Deutschland wird in einer Sondertagung für eine Freigabe von Kartoffelstärke und Kartoffelmehl zur Herstellung von Dextrin und löslicher Stärke Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung der für den 25. d. M. nach Berlin einberufenen Versammlung ist unter anderem noch eine Stellungnahme zur eventl. Beschlagnahme der diesjährigen Kartoffelernte sowie der Preisgestaltung der Kartoffelfabrikate und Verwertung der Stärkefabrikate im kommenden Wirtschaftsjahre vorgesehen.

Die Wirkwaren-Fabrikanten-Vereinigung für Chemnitz hat auf nächsten Dienstag eine öffentliche Versammlung einberufen in der über das Baumwollverarbeitungsverbot, über das Ausfuhrverbot für Wirkwaren und über die Zentralstelle für Ausfuhrbewilligungen Bericht erstattet werden soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150824024/fragment/page=0002